

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

50 Jahre „Neue Weltwirtschaftsordnung“: Vorschläge für eine gerechte und friedliche Globalisierung aus den Ländern des Globalen Südens

23. April 2024, 10.00 Uhr

Vor fünfzig Jahren, am 1. Mai 1974, beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Reformprogramm der »New International Economic Order« (Neue Weltwirtschaftsordnung, engl. Abk.: NIEO). Darin hatten die Staaten des Globalen Südens die Grundzüge einer fairen ökonomischen Globalisierung und einer wirtschaftlichen Dekolonisierung erarbeitet. Europäische Politiker wie Bruno Kreisky und Willy Brandt sahen in der NIEO eine gute Grundlage, um die angespannten Beziehungen zur damals so genannten Dritten Welt wiederherzustellen.

Angesichts der Europawahl im Juni 2024 und des Anspruchs einer „geopolitischen Kommission“ (von der Leyen) scheinen diese Vorschläge hochaktuell. Denn die europäische Politik blickt auch heute mit Sorge auf ihr brüchiges Verhältnis zum Globalen Süden. Während der Einfluss Chinas zunimmt, verliert Europa in Afrika, Asien und Lateinamerika an Ansehen. Ob jüngste Maßnahmen wie das europäische Lieferkettengesetz oder das Infrastrukturprogramm »Global Gateway« daran etwas ändern werden, ist umstritten. Bietet das NIEO-Programm der 1970er Jahre vor diesem Hintergrund noch progressive Ansatzpunkte? Welche Wege gibt es, um die Beziehungen mit dem Globalen Süden wieder zu verbessern? Und welche Aussichten bestehen auf eine gerechte Ausgestaltung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen?

Diese Fragen untersuchen international renommierte Sozialwissenschaftler:innen im soeben erschienen Buch *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen* (Transcript, 2024). Die darin versammelten Beiträge analysieren die Relevanz und Aktualität der NIEO im 21. Jahrhundert. Denn globale Armut, die Klimakatastrophe und internationale Kriege verlangen, so die zentrale These des Buchs, nach einer neuen Kooperation zwischen dem Globalen Norden und Süden.

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz stellt bei diesem Mediengespräch den wissenschaftlichen Sammelband in Anwesenheit der Herausgeber und ausgewählter Autor:innen vor. In kurzen Inputs präsentieren sie ihre zentralen Forschungsergebnisse. Auf der Grundlage von empirischer Forschung und einer Einordnung des historischen NIEO-Reformprogramms werden einzelne Bereiche der

heutigen Weltwirtschaft analysiert und Erkenntnisse für die Umsetzung einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung dargelegt.

Inputs:

[Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand](#) (Universität Wien): Jenseits des staatlichen Steuerungsoptimismus. Die Weltwirtschaftsordnung historisch und in Zeiten der globalen ökologischen Krise

[Univ.-Doz. Dr. in Melanie Pichler](#) (Universität für Bodenkultur Wien): Eine neue Weltwirtschaftsordnung braucht globale Klimagerechtigkeit

[Dr. Daniel Fuchs](#) (Humboldt-Universität zu Berlin): Technische Standards & globale Ungleichheit: Chinas Aufstieg zur Normungsweltmacht

Weiters stehen für Interviews zur Verfügung:

[Dr.in Jenny Simon](#) (Universität Hamburg): Chinas Entwicklungsweise und Bedeutungsgewinn. Eine Chance für den Globalen Süden?

[Dr. Alexander Veit](#) (Table.Media): Der radikale Reformismus der New International Economic Order und die Elemente einer NIEO

Moderation: Alexander Behr (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Abstracts der Inputs

Ulrich Brand

Jenseits des staatlichen Steuerungsoptimismus. Die Weltwirtschaftsordnung historisch und in Zeiten der globalen ökologischen Krise

Aktuelle Debatten über Initiativen für wirtschaftspolitische Alternativen bewegen sich weitgehend im lokalen und nationalen Rahmen – allenfalls noch auf der Ebene der EU. Zudem bleiben in den derzeit intensiv diskutierten Initiativen für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft bestimmte Dogmen scheinbar unhinterfragbar – etwa die Orientierung an nationaler Wettbewerbsfähigkeit und (grünem) Wirtschaftswachstum.

Demgegenüber hatten die Mitte der 1970er Jahre intensiv geführten Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NIEO) ein vorrangiges Ziel: Eine *internationale* wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe zu schaffen, die auch den neu geschaffenen Nationen des Globalen Südens Selbstbestimmung ermöglicht. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Schaffung angemessener wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen. Historisch-politisch erhielt diese Initiative Rückenwind einerseits durch die Welle erfolgreicher politischer Unabhängigkeitskämpfe – deren politische Wucht heute kaum vorstellbar erscheint – sowie andererseits durch die Krise des (auf Massenproduktion und -konsum basierenden) fordistischen Entwicklungsmodells, die sich als Wirtschaftskrise auch in den kapitalistischen Zentren manifestierte.

Eine alternative Weltwirtschaftsordnung, in der alle Menschen ein auskömmliches Leben haben, in der niemand auf Kosten anderer oder der Natur leben muss und in der die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört werden, bedarf anderer Regeln. Die zentralen Akteur:innen solcher internationaler Rahmensetzungen sind nationale Regierungen oder Staaten.

Doch die Regierungen agieren nicht nur im Hinblick auf globale Gerechtigkeit und die Bearbeitung globaler Probleme wie Ungleichheit oder der Klimakrise. Vielmehr sind sie zuvorderst ihren eigenen Unternehmen verpflichtet, die wiederum im kapitalistischen Wettbewerb mit anderen stehen. Der Staat und seine Politiken müssen also die dominanten Logiken von Wachstum, Geopolitik und Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis hinterfragen und verändern.

Zudem gilt es, die Machtverhältnisse, die die aktuellen Krisen verursachen – also zur spezifischen Ausformung von globaler Landwirtschaft und Ernährung, von industrieller Produktion und energieintensiver Mobilität führen, aber auch die antreibenden ökonomischen Logiken - infrage zu stellen. In gewisser Weise führt uns das die Energiewende vor, die nicht nur staatlicherseits, sondern von vielen sozialen Bewegungen und praktischen Initiativen vorangetrieben wird. Die Erfahrungen verschiedener Energiegenossenschaften und Städte, die sich selbst zu weitgehenden Klimapolitiken und alternativen Energiepolitiken bekennen (sogenannte transition towns), die Kämpfe gegen Kohlekraftwerke oder Fracking (eine energie- und chemikalienintensive Form der Ölförderung) oder für Ernährungssouveränität sind aktuelle klimapolitische Ansatzpunkte, die die Machtverhältnisse infrage stellen. Erfahrungen wie im Hambacher Forst und in Lützerath zeigen, dass staatliche Akteur:innen eher die Interessen der fossilen Energiekonzerne absichern.

Was eine Debatte und Initiativen für eine Neue Weltwirtschaftsordnung auch berücksichtigen sollten: Wichtige Vorschläge dafür kommen aus dem Globalen Süden. Ein aktuell in Lateinamerika intensiv diskutiertes Beispiel ist der »Ökosoziale und Interkulturelle Pakt des Südens« (Pacto Ecosocial e Intercultural del Sur). Es handelt sich um eine (nicht partei-)politische Plattform. Ein lateinamerikanisches Kollektiv aus acht Ländern rief sie 2020 ins Leben. Motiviert ist die Initiative von der Notwendigkeit, einen konkreten gesellschaftlichen Transformationshorizont für Lateinamerika zu skizzieren, der die Lernerfahrungen aus den sozialen Kämpfen der letzten Jahrzehnte mit einbezieht. Der Staat spielt darin durchaus eine Rolle, aber es wird deutlich, dass es der Initiative insbesondere um eine Veränderung gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse sowie gesellschaftlicher Logiken geht. „Dieser Pakt ist kein an Regierungen gerichteter Forderungskatalog. Er lädt vielmehr dazu ein, gemeinsam an einer Vision zu arbeiten, der Transformation gemeinsam eine Richtung und eine Grundlage zu geben, auf der die diversesten Formen und Strategien der Veränderung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaften gedeihen können. Er fordert soziale und territoriale Bewegungen, Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, Dorfgemeinschaften und Netzwerke aller Art, aber auch alternative Kommunalverwaltungen, Parlamentarier*innen, Richter*innen oder Beamt*innen, die sich der Transformation verschrieben haben, auf, die Kräfteverhältnisse zu verändern, sei es durch Volksabstimmungen, Gesetzentwürfe oder viele andere Strategien mit realen Auswirkungen, um den

bestehenden Institutionen durch eine organisierte und mobilisierte Gesellschaft die notwendigen Veränderungen aufzuzwingen.“

Referenzen:

Brand, Ulrich/Lang, Miriam (2024): „Jenseits des staatlichen Steuerungsoptimismus. Die Weltwirtschaftsordnung historisch und in Zeiten der globalen ökologischen Krise“, in Veit Alex/Fuchs, Daniel (Hg.): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript, 43-68.

Pacto Ecosocial del Sur (2020): Für einen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakt für Lateinamerika, <https://pactoecosocialdelsur.com/home-2/#1592362596651-6eec51bd-3641>.

Melanie Pichler

Eine neue Weltwirtschaftsordnung braucht globale Klimagerechtigkeit

Elektroautos, Photovoltaikanlagen, Serverleistungen für ChatGPT. Die Energie- und Digitalisierungsoffensive soll einen neuen Wachstumspfad für Europa einleiten und gleichzeitig den Klimakollaps verhindern. Die Ressourcen dafür (z.B. Lithium, Kobalt oder Nickel) kommen weiterhin größtenteils aus dem Globalen Süden. Und auch die Abhängigkeit von Kohle, Erdgas und Erdöl bleibt hoch. Berechnungen zeigen, dass **einkommensstarke Länder pro Kopf durchschnittlich 28 Tonnen Ressourcen pro Jahr verbrauchen, einkommensschwache Länder hingegen nur 2 Tonnen. Reiche Länder verbrauchen also im Durchschnitt 4-mal mehr als ökologisch tragfähig wäre und etwa 14-mal mehr als die ärmsten Länder** (Hickel/Hallegatte 2020).

Bereits in den 1970er Jahren spielte eine gerechte Ressourcenpolitik eine wichtige Rolle in den Verhandlungen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NIEO). Die Klimakrise spielte damals noch keine Rolle. Eine NIEO des 21. Jahrhunderts muss die Klimakrise in den Mittelpunkt stellen und klimagerechte Antworten finden. Wie könnten solche klimagerechten Antworten aussehen?

Erstens, globale Klimagerechtigkeit heißt eine sofortige und deutliche Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs im Globalen Norden. Das bedeutet in erster Linie einen Rückbau klimaschädlicher Sektoren. Diese deutliche Reduktion von Kohle, Erdöl und Erdgas (sowie entsprechender fossiler Technologien) erfordert politische Koordination und Planung und kann nicht allein dem Markt überlassen werden. Verbindliche Politikinstrumente sind notwendig. Aktuelle Beispiele in Europa wie das Verbot des Verbrennungsmotors oder der Ausstieg aus Gasheizungen zeigen, dass konkrete Pläne zu enormen Konflikten führen. Sie müssen deshalb mit sozialer Sicherheit – also Ausgleichszahlungen und sozial-ökologischen Infrastrukturen und Dienstleistungen verbunden werden. Sozial-ökologische Infrastrukturen und Dienstleistungen sind jene Bereiche der Wirtschaft, die Menschen für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse brauchen. Diese Bereiche (Gesundheit, Wohnen, Energie, Mobilität, ...) sollten der Profitlogik entzogen werden und allen Menschen – unabhängig von ihrem Einkommen – zugänglich sein.

Zweitens, globale Klimagerechtigkeit heißt Entschädigungen für bereits auftretende und zukünftige Klimaschäden im Globalen Süden. Die

Verhandlungen bei der Klimakonferenz in Dubai letztes Jahr haben gezeigt, dass sich die internationale Staatengemeinschaft aktuell nicht einmal rhetorisch auf den stufenweisen Ausstieg aus fossilen Energieträgern einigen kann. Gleichzeitig tragen die ärmsten Länder bereits jetzt den Großteil der Konsequenzen der Klimakrisen, v.a. durch Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Dürrekatastrophen. Ein *loss and damage fund* im Rahmen der Vereinten Nationen soll diese Länder entschädigen. Derzeit ist noch unklar, wie dieser Fonds genau funktionieren wird. Europa muss eine nachhaltige Finanzierung sicherstellen, z.B. durch Einnahmen aus der CO₂-Grenzausgleichssteuer.

Drittens heißt globale Klimagerechtigkeit auch, Diversifizierung und Wertschöpfung in Ländern des Globalen Südens zu fördern – oder zumindest nicht zu behindern. Während der Ausstieg aus fossilen Energieträgern in weiter Ferne scheint, läuft die aktuelle Energiewende Gefahr, den Ressourcenfluch für viele Länder des Globalen Südens zu wiederholen. Das heißt, dass Länder des Globalen Südens die Rohstoffe exportieren, die weitere Wertschöpfung aber in Europa stattfindet. Ein Beispiel dafür ist die Nickelproduktion, das insbesondere für Edelstahl und Elektrobatterien gebraucht wird. Indonesien ist weltweit der größte Nickelproduzent und hat ab 2020 den Export von unverarbeitetem Nickelerz verboten, um mehr Wertschöpfung im Land zu behalten. Die EU hat dagegen bei der Welthandelsorganisation geklagt, weil ein solches Exportverbot zu unfairen Handelsbedingungen beiträgt. Eine neue Weltwirtschaftsordnung muss faire Möglichkeiten für alle Länder schaffen, damit eine nachhaltige Diversifizierung der Wirtschaft in Ländern des Globalen Südens gelingt.

Referenzen:

Pichler, Melanie (2024): „Von ökologisch ungleichem Tausch zu Postwachstum“, in Veit Alex/Fuchs, Daniel (Hg.): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript, 69-87.

Hickel, Jason/Hallegatte, Stéphane (2022): “Can we live within environmental limits and still reduce poverty? Degrowth or decoupling?”, in *Development Policy Review*, 40 (1), e12584.

Daniel Fuchs

Technische Standards & globale Ungleichheit: Chinas Aufstieg zur Normungsweltmacht

Die internationale Normung von Produkten und Technologien ist eine Grundlage für Globalisierungsprozesse und wesentlich für die Regulation der Weltwirtschaft.

Technische Standards – vom Papierformat DIN A4 über die Maße von Frachtcontainern bis hin zur Netzarchitektur der 5G-Mobilfunktechnologie – dienen der Interoperabilität und Qualitätssicherung. Die Aushandlung dieser Standards ist zugleich von Profitinteressen transnational agierender Unternehmen und vom strategischen Kalkül staatlicher Akteur:innen geprägt: Wer die Standards für neue Technologien setzt, prägt und kontrolliert die Entwicklung der entsprechenden Märkte.

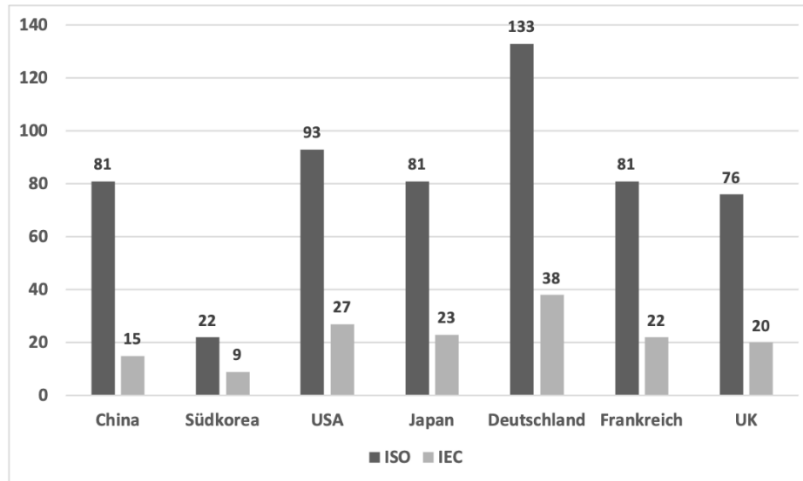
Vor diesem Hintergrund hat sich die internationale Normung in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Schauplatz der geopolitischen Rivalität zwischen den USA, der Europäischen Union und der Volksrepublik China entwickelt. Denn China ist einer der wenigen Staaten aus dem Globalen Süden, denen es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen ist, trotz der Vormachtstellung des Globalen Nordens einen bedeutenden Einfluss in der internationalen Normung zu gewinnen.

Die chinesische Staats- und Parteiführung unter Xi Jinping hat sich zum Ziel gesetzt, zu einer „Normungsweltmacht“ zu werden. Auf dem Weg dorthin verfolgt China eine Doppelstrategie: Zum einen sind chinesische Akteur:innen bestrebt, ihren Einfluss in internationalen Normungsorganisationen – wie etwa der Internationalen Organisation für Normung (ISO) oder der Internationalen Elektrotechnischen Kommission (IEC) – auszubauen. Dies ist gelingend in zunehmendem Maße, wie die aktuellen Zahlen der von China geführten Sekretariate in diesen Organisationen verdeutlichen (siehe Abbildung unten). Das Engagement chinesischer Unternehmen wird vom Staat nicht nur durch finanzielle Mittel, sondern auch über quantitative Zielvorgaben für die Einreichung von Normungsvorschlägen gefördert. Ein Beispiel hierfür ist die zentrale Rolle des Unternehmens Huawei im Bereich der Normung von 5G-Mobilfunktechnologien. Zum anderen versucht Chinas politische Führung, Standards chinesischer Unternehmen auch abseits der etablierten, internationalen Normungsorganisationen zu verankern. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei Infrastrukturprojekte und Kooperationsabkommen im Rahmen der *Belt and Road Initiative* (BRI) ein.

Der Globale Norden reagiert auf Chinas wachsende Standardisierungsmacht mit unterschiedlichen Strategien der Einhegung. Erfolgversprechend sind diese nicht, zumal zwischen der Europäischen Union und den USA im Wettbewerb um internationale Normen signifikante Interessensgegensätze bestehen. Für den Globalen Süden wiederum bietet Chinas Aufstieg Chancen und Risiken zugleich. Denn die Verankerung chinesischer Normen auf internationaler Ebene führt bis dato nicht zu egalitäreren Nord-Süd-Verhältnissen. Vielmehr werden neue ökonomische und politische Abhängigkeiten geschaffen.

In den historischen Vorschlägen für eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NIEO) fanden technische Standards keine Erwähnung. In zukünftigen Debatten um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung muss der internationalen Normung jedoch ein zentraler Stellenwert beigemessen werden. Chinas wachsende Normungsmacht verdeutlicht, dass es grundlegendere Reformen des Normungswesens benötigt, um globale Abhängigkeitsverhältnisse zu überwinden. Da in technische Standards immer auch politische und ethische Werte ein- und festgeschrieben werden, gilt es zudem, Bedingungen dafür zu schaffen, dass über Technologien der Zukunft auf Basis einer breiteren gesellschaftlichen Partizipation im Globalen Norden *und* Süden entschieden wird.

Abbildung: Anzahl geführter Sekretariate, ISO und IEC



Quelle: Websites von ISO und IEC, Januar 2024.

Referenzen:

Fuchs, Daniel (2024): „Technische Standards & globale Ungleichheit: Chinas Aufstieg zur Normungsweltmacht“, in Veit, Alex/Fuchs, Daniel (Hg.): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript, 275-298.

Fuchs, Daniel/Eaton, Sarah (2024): “Practice diffusion in China’s two-pronged engagement in global technical standardization”, in *China Information [online first]*. doi: 10.1177/0920203X241245686.

Eaton, Sarah/Fuchs, Daniel/Triolo, Paul (2022): “The EU-US Trade and Technology Council Reaches a Crossroads”, in *Internationale Politik Quarterly*, 1. Dezember 2022.

Jenny Simon

Chinas Entwicklungsweise und Bedeutungsgewinn. Eine Chance für den Globalen Süden?

Chinas Wirtschaft gilt als Paradebeispiel für eine erfolgreiche „nachholende Industrialisierung“. Dabei lässt die chinesische Entwicklungsweise Strategien erkennen, die zentrale Ansätze aus dem »Programme of Action« der NIEO reflektieren: etwa staatliche Planungshoheit über Auslandsinvestitionen, Vermeidung finanzieller Abhängigkeit, Regulierung internationaler Konzerne und geistiger Eigentumsrechte im Sinne eigener Entwicklungsziele oder ein staatlich geförderter Aufstieg in den internationalen Wertschöpfungsketten. Im Rückgriff auf diese Strategien entwickelte sich die chinesische Wirtschaft auf einigen Feldern zur Konkurrenz für die USA oder europäische Ökonomien sowie zu einer zentralen internationalen Kreditgeberin und Investorin. Dabei präsentiert sich der chinesische Staat als Verfechter der Interessen des Globalen Südens und etabliert neue Formen der Süd-Süd Kooperation, etwa das Forum der BRICS-Staaten oder die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Dies wirft die Frage auf, inwiefern die von China verfolgten ökonomischen Strategien auch für andere (semi-)periphere Ökonomien Chancen bieten. Kann Chinas internationaler Bedeutungsgewinn gar Grundlage für eine stärker egalitäre Gestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen im Sinne einer neuen New International Economic Order – einer NIEO2 – bilden?

Chinas Erfahrung zeigt, dass der Rückgriff auf bestimmte Strategien aus dem Repertoire der NIEO durchaus eine, im Vergleich zu anderen Ländern des Globalen Südens, weniger abhängige Integration in die marktliberal geprägten Weltwirtschaftsbeziehungen unterstützen kann. Der chinesische Staat konnte beispielsweise durch eine Vermeidung finanzieller Außenabhängigkeit, oder der Regulierung internationaler Konzerne innerhalb Chinas wirtschaftspolitische Handlungsspielräume erreichen und diese für eine Strategie der nachholenden Industrialisierung nutzen – wenngleich auch die marktliberale Globalisierung eine wichtige Grundlage für Chinas Wirtschaftsstrategie war. Solch wirtschaftspolitische Strategien der Vermeidung von Abhängigkeit und Reduzierung von Dynamiken einer Peripherisierung können grundsätzlich auch für andere Ökonomien der (Semi-)Peripherie Chancen bieten.

Allerdings ist zu beachten, dass die chinesische Entwicklungsweise kein für andere Ökonomien schlicht zu kopierendes Modell darstellt: Sie entwickelte sich in einem anhaltenden Suchprozess und unterlag spezifischen historischen Voraussetzungen. Zudem war die chinesische Wirtschaftspolitik eher an Eliteninteressen ausgerichtet, denn an der Umsetzung einer gerechteren Wirtschaftsentwicklung: Die chinesische Entwicklungsweise basierte auf massiver Ausbeutung und Disziplinierung der Arbeiter:innen, führte zu einer starken Zunahme innergesellschaftlicher sozialer Ungleichheit und Naturausbeutung.

Auch mit Blick auf die internationale Ebene wird deutlich, dass die wirtschaftspolitischen Strategien des chinesischen Staates nicht in einer stärker egalitären Weltwirtschaftsordnung im Sinne der NIEO mündeten. So scheiterten Chinas Bemühungen, im Nachgang der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 eine Reform der Weltwirtschaftsordnung zu erreichen an Blockaden der G 7 Staaten in internationalen Organisationen. Und auch die vom chinesischen Staat etablierten neuen Formen der Süd-Süd-Kooperationen münden nicht in stärker an den Interessen des Globalen Südens ausgerichteten Weltwirtschaftsbeziehungen. Vielmehr ist der internationale Bedeutungsgewinn der chinesischen Ökonomie teils mit neuen Abhängigkeitsverhältnissen für einige periphere Staaten verbunden.

Sowohl die Wirtschaftsentwicklung innerhalb Chinas als auch der Blick auf die internationale Ebene reflektieren so zwar Potentiale der NIEO-Strategien. Es wird jedoch auch deutlich, dass eine (global) gerechtere Wirtschaftsweise allein durch eine staatliche Wirtschaftspolitik zur Reduktion außenwirtschaftlicher Abhängigkeit und Unterstützung sogenannter nachholender Industrialisierung nicht zu erreichen ist. Hierfür müssen vielmehr globale wie innergesellschaftliche Verteilungs- und Machtverhältnisse sowie transnationale Klassenverhältnisse mitgedacht und verändert werden, die quer zur räumlichen Strukturierung des globalen Kapitalismus liegen.

Referenzen:

Simon, Jenny (2024): Chinas Entwicklungsweise und Bedeutungsgewinn. Eine Chance für den Globalen Süden?, in Veit Alex/Fuchs, Daniel (Hg.): Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen. Bielefeld: Transcript, 247-273.

Alex Veit

Der radikale Reformismus der *New International Economic Order* und die Elemente einer NIEO2

Die Geschichte der NIEO begann mit einer bahnbrechenden sozialwissenschaftlichen Erkenntnis: der Prebisch-Singer-These vom strukturell ungleichen Austausch zwischen Nord und Süd, genauer zwischen Ökonomien, die vorrangig industriell weiterverarbeitete Produkte verkaufen, und solchen, die vor allem Rohstoffe liefern (Prebisch 1950; Singer 1950). Dieser ungleiche Austausch vergrößert die Kluft zwischen den industrialisierten Ökonomien und ihren Zulieferländern immer weiter.

20 Jahre später war die zunächst akademische Debatte zu einem erfolgreichen politischen Projekt gereift. An dessen Zenit setzte der Globale Süden auf höchster diplomatischer Ebene eine ernsthafte Reform der Weltwirtschaft als offizielles Ziel der Weltgemeinschaft durch: die Resolution 3201 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 1.5.1974 (UN 1974a). Darin verpflichteten sich die UN-Mitgliedsstaaten zu grundlegenden kooperativen Reformen, die – wären sie umgesetzt worden – den Lauf der damals gerade neu entdeckten Globalisierung entscheidend verändert und eine materielle Dekolonisierung bedeutet hätten.

In unserem Buch diskutieren wir, inwiefern die NIEO auch heute noch als Blaupause für eine grundlegende Transformation der Weltwirtschaftsordnung dienen kann. 50 Jahre nach ihrer Entstehung kann die NIEO selbstverständlich als Ganzes nicht mehr auf der Höhe der Zeit sein. Die Neustrukturierung des Globalen Südens, insbesondere die wirtschaftlichen Entwicklungen in Ostasien, aber auch die verschärfte Problemlage der Klimakatastrophe sind nur die offensichtlichsten Veränderungen, die eine bloße Wiederauflage der NIEO sinnlos machen würden. Vielmehr nutzen wir die historische NIEO-Debatte als Rohmaterial, anhand dessen wir über die Elemente zu einer heutigen gerechten Weltwirtschaftsordnung nachdenken.

Zentraler Nenner aller NIEO-Vorschläge war die Einhegung des vermeintlich freien Spiels der Kräfte von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten durch internationale Kooperationsstrukturen.

Spezifische Reformbereiche gab es mehrere. Ein wichtiger Bereich betraf die Stabilisierung der Erlöse aus Rohstoffen und Agrarprodukten. Ein zweiter war der stärkeren Regulierung transnationaler Konzerne gewidmet. Drittens behandelte die NIEO die Architektur der internationalen Institutionen, die dekolonisiert und demokratisiert werden sollten. Weitere Reformvorschläge behandelten etwa die Zugänglichkeit von technologischem Wissen und die Märkte für Nahrungsmittel. All diese Reformbereiche sind auch heute von unmittelbarer Relevanz, in den Spezifika ist die Debatte teils jedoch bereits weitergekommen.

Allerdings hatte die NIEO auch eine sehr große Leerstelle: Die katastrophalen ökologischen Folgen der Weltwirtschaftsstrukturen wurden nur am Rande beachtet. Daher müsste eine NIEO2 auf der Höhe unserer Zeit neben der ökonomischen auch eine ökologische Dimension beinhalten.

Referenzen:

Prebisch, Raúl (1950): „The economic development of Latin America and its principal problems“, United Nations, Department of Economic Affairs, Economic Commission for Latin America, 27.4.1950. <https://repositorio.cepal.org/handle/11362/29973>.

Singer, Hans W. (1950): „The distribution of gains between investing and borrowing countries“, in *The American Economic Review* 40 (2), 473-485.

UN – United Nations (1974): UN General Assembly, Resolution A/RES/3201(S-VI). Declaration on the Establishment of a New International Economic Order, 1.5.1974, https://digitallibrary.un.org/record/218450/files/A_RES_3201%28S-VI%29-EN.pdf

Veit, Alex/Fuchs Daniel (2024): „Der radikale Reformismus der New International Economic Order und die Elemente einer NIEO“, in Veit, Alex/Fuchs, Daniel (Hg.): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript, 13-39.

Veit, Alex (2024): „Souveränität? Die dekoloniale Version der NIEO und ihre Bedeutung für die Gegenwart“, in Veit, Alex/Fuchs, Daniel (Hg.): *Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen*. Bielefeld: Transcript, 113-133.

Zitate

Die beiden Herausgeber, Dr. Alex Veit und Dr. Daniel Fuchs, können wie folgt zitiert werden:

Dr. Alex Veit: „Die NIEO wurde in einer Phase angespannter Beziehungen und ökonomischer Krisen erdacht. Tiefgreifend reformierte internationale Institutionen sollten die Strukturen des Welthandels auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse im Globalen Norden und den Globalen Süden ausrichten. Dafür bedurfte es der Einhegung übermächtiger Unternehmen und einem fairen Austausch von Rohstoffen, industriellen Gütern und technologischem Wissen. Auch heute wären dies die Mittel der Wahl, um globaler Ungleichheit, wirtschaftlicher Instabilität, und dem Klimawandel zu begegnen.“

Dr. Daniel Fuchs: „Die Volksrepublik China ist einer der wenigen Staaten, denen seit der historischen NIEO in den 1970er Jahren ein ökonomischer (Wieder-)Aufstieg in Richtung des Zentrums der Weltwirtschaft gelang. Unsere Forschung zeigt: Für Staaten im Globalen Süden bedeutet dies einerseits ein Stück weit mehr Autonomie vom Einfluss des Globalen Nordens, andererseits werden dadurch neue Abhängigkeiten geschaffen. Klar ist jedoch, dass die existentiellen Herausforderungen unserer Zeit, allen voran der Kampf gegen die Klimakrise, nur in Kooperation mit China erfolgreich bewältigt werden können. Vorschläge für eine gerechte Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung haben zudem nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie an Perspektiven ‘von unten’ ansetzen – an Forderungen aus sozialen Kämpfen und Bewegungen in Europa, China und dem Globalen Süden.“

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand forscht und lehrt im Bereich Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Krise der liberalen Globalisierung, sozial-ökologische Transformationsprozesse, internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik, imperiale Lebensweise und Lateinamerika. Email: ulrich.brand@univie.ac.at

Dr. Daniel Fuchs ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht und lehrt zu Arbeitsbeziehungen, Migration und Industriepolitik in China. Email: dan.fuchs@hu-berlin.de

Univ.-Doz. Dr. Melanie Pichler ist Politikwissenschaftlerin am Institut für Soziale Ökologie der Universität für Bodenkultur, Wien, wo sie das Themenfeld Sozial-ökologische Transformationen koordiniert. Sie forschte u.a. zu Umwelt- und Ressourcenkonflikten in Laos oder Indonesien und aktuell zum European Green Deal. Email: melanie.pichler@boku.ac.at

Dr. Jenny Simon ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg. Sie arbeitet zur machtsensiblen Globalen Politischen Ökonomie und den Internationalen Beziehungen, insbesondere zu Global Economic und Environmental Governance. Email: jenny.simon@uni-hamburg.de

Dr. Alex Veit ist Redakteur für zukunftsfähiges Wirtschaften bei Table.Media in Berlin. Zu seinen Schwerpunkten gehören die Energiewende, die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation sowie ihre internationalen Dimensionen. Als promovierter Politikwissenschaftler – zuletzt als Akademischer Rat an der Universität Bremen – forschte und lehrte er zur internationalen politischen Ökonomie und zum internationalen Konfliktmanagement, mit einem Schwerpunkt auf Afrika südlich der Sahara. Email: alexveit@posteo.de

Kontakt für Rückfragen

Danyal Maneka

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 3011273

E: maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Helena Ott

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 33 145 16

E: ott@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>